

Während alle Bundesländer mit Ausnahme von Thüringen ihre Polizeigesetze entweder bereits verschärft haben oder dies in naher Zukunft tun wollen, hält der Widerstand gegen den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten an. So wird es im Rahmen der Großdemonstration unter dem Motto »Unteilbar« am Sonnabend einen eigenen »Freiheit statt Angst«-Block geben, der unter anderem vom Bürgerrechtsverein Digitalcourage organisiert wird und dem sich mehrere lokale Initiativen, die gegen die neuen Repressionsinstrumente aktiv sind, anschließen wollen. Die DKP Berlin will sich zudem – ausgestattet mit dem Transparent »Gemeinsam gegen Überwachung, Repression und die Verschärfung der Polizeigesetze!« – im Block des Bündnisses »Unser Berlin« einreihen, welches sich hauptsächlich gegen die Ausweitung des Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes engagiert.

»Die Verschärfungen der Polizeigesetze bedrohen Rechtsstaat und Rechtsempfinden«, stellte der Aktionskünstler »Padelun« von Digitalcourage in einer am Montag veröffentlichten Pressemitteilung klar. »Die Union und ihre Koalitionspartner versuchen, das Grundgesetz zu unterminieren. Dabei sind die Abwehrrechte gegen den Staat gerade das, was langfristig Frieden und Sicherheit möglich macht«, so der Bürgerrechtler weiter. Die von den sogenannten Sicherheitsbehörden geforderten Maschinengewehre, »Staatstrojaner« und eine uferlose Videoüberwachung seien hingegen »Gift für eine Demokratie«.

Umfangreiche Überwachungsmaßnahmen sind in allen neuen Landespolizeigesetzen vorgesehen, welche laut Padelun »teils die gesamte Bevölkerung« betreffen werden. Auch der Bürgerrechtler und Jurist Rolf Gössner, zugleich Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, hatte in der Vergangenheit mehrfach eindringlich vor den Konsequenzen gewarnt, sollten die von der Mehrheit in Politik und im Polizeiapparat gewünschten Gesetzesverschärfungen, wie etwa die Einführung sogenannter Staatstrojaner oder der elektronischen Fußfessel, tatsächlich verabschiedet werden. Mit Hilfe von Überwachungssoftware könne die Polizei »unbemerkt Kommunikationsinhalte vor ihrer Verschlüsselung überwachen – inklusive SMS, E-Mails, Chats und Messenger-Diensten; oder im Fall der Onlinedurchsuchung auf alle gespeicherten Festplatteninhalte, Textdokumente, Gesundheits- und Finanzdaten, auf intimste Informationen und Fotos zugreifen – letztlich auf das gesamte digitale und vernetzte Leben



Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte ad acta gelegt: Fußfessel auch bei »drohender Gefahr«

Bedrohte Grundrechte

Für Gewaltenteilung und Unschuldsvermutung: Breiter Protest gegen Verschärfung von Polizeigesetzen. Von Markus Bernhardt

der Betroffenen«, erläuterte Gössner am Mittwoch im jW-Gespräch. Staatstrojaner seien »digitale Waffen, die nicht nur Freiheitsrechte der Betroffenen unterminieren, sondern auch das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, wie es das Bundesverfassungsgericht als »Computergrundrecht« entwickelt hat«. Denn die Polizei müsse Software-Sicherheitslücken nutzen, um Staatstrojaner auf einem Gerät installieren zu können. »Sie wird versuchen, solche Schwachstellen für eigene Zwecke künftig offenzuhalten – anstatt sie sofort schließen zu lassen, um das IT-System vor weiteren Angreifern zu schützen«, so der Bürgerrechtler weiter.

Mit der geplanten Einführung des Begriffes einer »drohenden Gefahr« sollen künftig auch unbescholtene Menschen überwacht werden können. »Die Polizei soll dazu ermächtigt werden, mutmaßliche »Gefährder« vorsorglich in elektronische Fußfesseln zu legen, um deren Bewegungen, Aufenthalt und Kontakte per GPS überwachen zu können«, beschreibt Gössner die geplanten Gesetzesänderungen. »Solche Präventivmaß-

nahmen, die lückenlose Bewegungsprofile liefern und Rückschlüsse auf die persönliche Lebensführung zulassen, sollen gegen Menschen verhängt werden können, die keine Straftaten begangen haben, sondern denen solche aufgrund bestimmter Anhaltspunkte oder Verhaltensweisen lediglich zugetraut werden«, warnte Gössner weiter. »Derart freiheitsbeschränkende Polizeimaßnahmen und schwere Grundrechtseingriffe auf solch vage Mutmaßungen zu stützen« sei »höchst anfällig für Willkür«. Denn die Rundumüberwachung schränke »die Betroffenen, die als unschuldig zu gelten haben, in ihrer Handlungs- und Bewegungsfreiheit ein«, und verletze ihre Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte. »Dabei verhindert diese Maßnahme, wie die Praxis zeigt, keine Straftaten. Sie ist Symbolpolitik, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung mit unhaltbaren Sicherheitsversprechen täuscht.«

Auch andere Bürgerrechtsorganisationen und Datenschützer übten bereits harsche Kritik an den geplanten Verschärfungen. Die linke Antirepressionsorganisation Rote Hilfe lehnt die Novellierungen erwartungsgemäß ab. Gleiches

gilt für eine große Mehrheit der Juristenverbände, Gewerkschaften und Journalistenzusammenschlüssen, die ebenfalls für Sonnabend zu Protesten aufrufen.

Weitere Demonstrationen sollen folgen, beispielsweise am 24. November, wenn sich die Innenminister aller Bundesländer sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in Magdeburg zur diesjährigen Innenministerkonferenz (IMK) treffen. Mittlerweile rufen zahlreiche Personen aus unterschiedlichen politischen Gruppen und Initiativen dazu auf, an diesem Tag »einen starken Protest gegen die Innenministerkonferenz und ihre Inhalte in Magdeburg zu organisieren«, wie das lokale Bündnis »Unheimlich sicher« kürzlich bekanntgab. Auch in Nordrhein-Westfalen und Sachsen sind in den kommenden Wochen weitere Kundgebungen geplant.

■ Demonstrationsblock »Freiheit statt Angst – Stoppt die Polizeigesetze!« bei »Unteilbar«-Protesten: Sonnabend, 12 Uhr, Berlin, Alexanderplatz
 ■ <https://freiheitstattangst.de>, <https://unheimlichsicher.org>

Bodycams und Elektroschocker

Polizeikongress in Berlin: Senat will weitere Aufrüstung der Beamten

Regelmäßig finden Polizei- und Sicherheitskongresse statt, bei denen sich die Beteiligten kontinuierlich für eine Aufrüstung der Beamten stark machen und zugleich beklagen, immer öfter Feindseligkeiten von Bürgern ausgesetzt zu sein. Nebenbei haben Hersteller von Sicherheitshard- und -software während solcher Events die Möglichkeit, ihre Produkte anzupreisen.

Dem Schwerpunktthema »Gewalt gegen Polizisten« widmete sich am Dienstag in Berlin beispielsweise der diesjährige Polizeitag. Angeblich seien allein im letzten Jahr 6.800 Polizeivollzugsbeamte Opfer von Gewalt geworden, berichtete der *Behördenpiegel*, der die Tagung gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) orga-

nisiert hatte. Torsten Akmann (SPD), Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres, betonte dort, dass »die Polizei Berlin perspektivisch mit Bodycams ausgestattet« werden solle. Zudem sprach er sich ungeniert für die Einführung sogenannter Taser, also von Elektroschockpistolen, aus, die vor allem für Menschen mit Herz- und Kreislaufproblemen lebensbedrohlich werden können. Akmann behauptete, dass der Taser der »Lückenschluss zwischen dem Reizstoffsprüngerät und der Dienstpistole« sei, viele Innenpolitiker und Fachleute bestreiten das. Offensichtlich um juristische Hürden bei der Einführung der Waffe zu umgehen, will der Staatssekretär Taser zukünftig als »Hilfsmittel der körperlichen Ge-

walt« und nicht als Waffe gesetzlich klassifizieren lassen.

Eine knallharte Linie verfolgt auch der nordrhein-westfälische Landesinnenminister Herbert Reul (CDU). Er steht aktuell nicht nur aufgrund des teils äußerst brutalen Polizeieinsatzes gegen Umweltschützer im Hambacher Forst in der Kritik. In den vergangenen Monaten wurde bereits in mehreren Städten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes gegen die von Reul geplanten Verschärfungen des NRW-Polizeigesetzes protestiert. Der Höhepunkt war im Juli erreicht, als knapp 20.000 Menschen in Düsseldorf auf die Straße gingen. Bereits im Februar forderte Reul etwa »robuste« Polizeieinsätze gegen Demonstranten, die er offensichtlich lediglich als Störer

der öffentlichen Ordnung wahrnimmt, und sorgte damit landesweit für Empörung. Der politische Druck auf Reul ist jedoch mittlerweile so groß, dass er sich offenbar gezwungen sieht, zurückzuziehen. So kündigte das von ihm geführte Ministerium Anfang der Woche an, das geplante neue Polizeigesetz zu überarbeiten. Presseberichten zufolge sollen allerdings alle Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen des Entwurfs auch nach dem Änderungsantrag erhalten bleiben, darunter elektronische Fußfesseln und Schleierfahndung. Ebenso werde die Videoüberwachung ausgeweitet. Die Novelle soll noch im Dezember im Düsseldorfer Landtag verabschiedet werden.

Markus Bernhardt

Hintergrund Petition gegen NRW-Innenminister

■ Nach den Polizeieinsätzen im Hambacher Forst steht NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unter Druck. In einer an Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gerichteten Petition fordern bereits mehr als 27.000 Menschen seinen Rücktritt, jW dokumentiert Auszüge daraus:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, Ihr Innenminister Herbert Reul ist nicht mehr tragbar. Wir haben genug von seinen Fake News und seiner verlogenen Angstmache vor angeblich subversiven Baumbesetzern. Wir fordern seinen Rücktritt.

Wir erleben die Vorbote einer weltweiten Klimakatastrophe. Wir Bürger erwarten von der Politik größtmögliche Anstrengungen, um diese abzumildern. Dazu müssen alle Gewohnheiten und Absprachen schleunigst auf den Prüfstand. Warum ist das wichtig? Herr Reul nennt Klimaschützer im Hambacher Wald Kriminelle und Straftäter. Die Menschen im Hambacher Wald setzen sich durch friedlichen Widerstand für die Bewahrung eines 12.000 Jahre alten Waldes ein und lehnen sich gegen den unverantwortlichen Abbau und die Verstromung der Braunkohle im Rheinland auf. Wir brauchen keinen Innenminister, der die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt, indem er in jedem Kommentar zum Hambacher Wald die Gefahr durch die Besetzer heraufbeschwört und der Öffentlichkeit eine Waffensammlung präsentiert, die überhaupt nichts mit den derzeitigen Waldbesetzern zu tun hat. Wir brauchen einen Innenminister, der die Pressefreiheit garantiert. Während der Räumungsaktion wurden Journalisten wiederholt von ihrer Beobachterrolle abgehalten und in ihrer Arbeit behindert. Es gab polizeiliche Übergriffe auf die Presse.

Wir brauchen einen Innenminister, der keine Lügen verbreitet. Herr Reul behauptete am 27. September im Innenausschuss des Landtags, dass die Klimaschützer nach dem Sturz des Journalisten, noch während der Reanimation, mehrfach gesungen hätten: »Schieß drauf. Räumung ist nur einmal im Jahr«. Diese Meldung wird in der gesamten Presse wiederholt. Die Verachtung für die Baumbesetzer macht die Runde. (...)

Wir erinnern uns, wie Herr Reul die Unabhängigkeit der Gerichte beugen wollte. »Die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein hohes Gut. Aber Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.« (...)

Wir brauchen keine Fake News, wir brauchen keine Panzer, die altem Recht folgen, und keine Räumpanzer gegen friedliche Demonstranten. Wir brauchen einen Innenminister, der sowohl Recht befolgt, als auch dafür Sorge trägt, dass Recht möglichst Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft bewirkt. Bitte ersetzen Sie den Innenminister Reul! (...)

■ kurzlink.de/Petition-Reul